

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Gerstein, Pfeifer, Dr. Probst, Boroffka, Dr. Bugl, Engelsberger, Lagershausen, Maaß, Neuhaus, Prangenberg, Weirich, Dr. Riesenhuber, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Hellwig und der Fraktion der CDU/CSU

Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs und der Vertreter der Europäischen Gemeinschaften auf dem Wirtschaftsgipfel in Versailles

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Präsidenten der französischen Republik zu den Fragen Technologie, Beschäftigung und Wachstum auf dem Wirtschaftsgipfel in Versailles vorgelegten Bericht, und teilt die Bundesregierung die darin zum Ausdruck kommende hohe Bedeutung des technischen Fortschritts?
2. Hat die Arbeitsgruppe aus Vertretern der Regierungen und der Europäischen Gemeinschaft, die in enger Konsultation mit den geeigneten internationalen Einrichtungen, insbesondere der OECD, Vorschläge ausarbeiten soll, die der Verwirklichung der in dem Bericht entwickelten Zielsetzungen dienen, inzwischen ihre Arbeit aufgenommen?
3. Sind die Vertreter der Bundesregierung in dieser Arbeitsgruppe benannt worden? Falls nicht, warum sind noch keine Benennungen erfolgt?
4. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die in der Erklärung festgelegten Grundsätze zu verwirklichen und die Zusammenarbeit unter den Ländern bei der Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung zu intensivieren?
5. Mit welchen konkreten Vorstellungen geht die Bundesregierung daran, „die unermesslichen Chancen, die die neuen Technologien bieten, insbesondere für die Arbeitsplatzbeschaffung“ zu nutzen?
6. Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, welche Schranken im Sinne des Berichts des Präsidenten der französischen Republik im besonderen Maß in der Bundesrepublik Deutschland die Verwirklichung dieser Zielsetzungen behin-

dern und der Entwicklung neuer Technologien entgegenstehen, und welche Schranken und Hemmnisse sind dies?

7. Was gedenkt die Bundesregierung konkret zu unternehmen, um die „Schranken und Hemmnisse, die der Entwicklung neuer Technologien und dem Handel mit ihnen sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor entgegenstehen“ zu beseitigen und darüber hinaus diese Entwicklung und diesen Handel zu fördern?
8. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es notwendig ist, „Männer und Frauen an den neuen Technologien auszubilden und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Technologien sich entwickeln und gedeihen können“, und was beabsichtigt die Bundesregierung konkret zu veranlassen, um das in der Bundesrepublik Deutschland derzeit bestehende Defizit in der Akzeptanz neuer Technologien abzubauen?
9. Welche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und welche öffentliche oder private Informationspolitik hält die Bundesregierung für erforderlich, damit neue Technologien in der Bundesrepublik Deutschland sich entwickeln und gedeihen können?

Bonn, den 15. Juli 1982

Lenzer
Gerstein
Pfeifer
Dr. Probst
Boroffka
Dr. Bugl
Engelsberger
Lagershausen
Maaß
Neuhaus
Prangenberg
Weirich
Dr. Riesenhuber
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Hellwig
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs und der Vertreter der Europäischen Gemeinschaften auf dem Wirtschaftsgipfel in Versailles vom 4. bis 6. Juni 1982 enthält einen Absatz, in dem eindringlich die Notwendigkeit und Unverzichtbarkeit schneller technologischer Fortschritte und der Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung hervorgehoben werden.

Auch die Bundesregierung hat diese Erklärung unterschrieben, jedoch stellt sich angesichts der zunehmenden Hemmnisse, die in der Bundesrepublik Deutschland aus den vielfältigsten Gründen, an denen die Bundesregierung nicht schuldlos ist, den technischen Fortschritt behindern, die Frage, inwieweit diese Erklärung der Bundesregierung eine wirklich ernst gemeinte Absicht bekundet, den technischen Fortschritt mit Vorrang zu fördern.

